

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(75. - öffentliche - Sitzung am 3. April 2025)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung bei häuslicher Gewalt)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6274](#)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt überein, den Gesetzentwurf zu gegebener Zeit wieder aufzurufen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Einführung künstlicher Intelligenz bei der Videoüberwachung und Fahndung)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5312](#)

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der AfD, keine separate mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Anschließend beschließt er mit demselben Stimmverhältnis, diese im Rahmen der Gesetzesberatung der von der Landesregierung geplanten Novelle des NPOG durchzuführen.

4. **Polizei den Rücken stärken - ideologiegetriebene Misstrauenskultur beenden - Niedersachsen braucht keinen Polizeibeauftragten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6237](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

5. **Notruf aus den Kliniken - Rettung statt Schließung**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6277](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung an, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

6. **Kommunen entlasten - Zweckbindung bei der Förderung von Kinderbetreuungsplätzen abschaffen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5648](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

7. **Wohlstand für alle erhalten - gezielte Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung organisieren, Qualifizierungsoffensive für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltsrecht**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/879](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in seiner für den 8. Mai 2025 vorgesehenen Sitzung eine ergänzende Anhörung durchzuführen, in der die Bertelsmann Stiftung eine aktuelle, von ihr erstellte Studie zu dem Thema vorstellen kann. Zudem bittet er die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 3 GO LT einstimmig um eine Stellungnahme und lädt die Mitglieder der Kommission zu dieser Anhörung gemäß § 94 Abs. 2 GO LT mit beratender Stimme hinzu.

8. **„Mobile Schwimmcontainer“ in Niedersachsen aufstellen - Schwimmfähigkeit von Kindern umgehend verbessern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3364](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Kultusausschusses und des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

9. **Mängel bei der Erhebung von Gebühren für polizeiliches Handeln beseitigen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1297](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Ein Mitglied der Fraktion der SPD kündigt im Rahmen dessen einen eigenen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema des vorliegenden Entschließungsantrags an und schlägt vor, diese Anträge zu gegebenem Zeitpunkt zusammen zu beraten.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des vorliegenden Entschließungsantrages bis dahin zu vertagen.

10. **Die Gewaltexzesse gegen Einsatzkräfte dürfen nicht länger hingenommen werden: Silvester-Randalierer endlich stoppen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/6799](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.